

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Vizepräsidenten,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Pressevertreter,

heute wird der Haushalt für 2022 beschlossen. Auch wir werden das vergangene Jahr Revue passieren lassen und zum Haushalt sprechen. Ich werde mich dabei kurzfassen.

Heute haben wir beinahe zwei Jahre Krise hinter uns und wir wissen noch nicht, wie viele Monate oder Jahre es noch dauern wird, die Lage wieder in den Griff zu bekommen. In jedem Fall zerrt es an den Kräften von uns allen.

Aber zunächst bedanken wir uns wieder ganz herzlich bei Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die geniale Aufbereitung und Präsentation der Daten zum Haushalt und der korrekten Führung der Haushaltsbücher, was mit Sicherheit enorme Anstrengungen in diesen Zeiten erfordert. Aber auch die Arbeit und Leistung der Verwaltung hier und in den Institutionen vor Ort, wollen wir anerkennen und Respekt zollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2021 hatte bereits gezeigt, wie komplex die Aufgaben der Bezirke sind und welche Hürden mit der Coronakrise genommen werden müssen.

Und heute, nach fast zwei Jahren Dauerkrise, hat sich nicht viel verbessert. Trotz aller Bemühungen - vielmehr sogar verschlimmert.

Auf den Haushalt 2022 bezogen, bedeutet das aber wieder:

- genehmigungspflichtiger Haushalt
- Kreditaufnahmeermächtigung für 15,6 Mio Euro
- Erhöhung des Umlagehebesatz auf 22%
- Zugriff auf Rücklagen

Dabei greift der Haushalt 2022 auf die Zahlen aus 2020, was die Grundlagen für den Haushalt 2022 darstellen. Schon damals war abzusehen, dass es zu enormen Einnahmeneinbrüchen kommen wird

Die Staatsregierung hat dann die „Zahlen“ gerettet, indem sie die Defizite aus dem Steueraufkommen teilweise ausglich und die Steuerkraft somit doch höher war als damals angenommen.

Diese Ausgleichszahlungen täuschen aber über die tatsächliche, reale Wirtschafts- bzw. Steuerkraft hinweg. Es stellt künstlich etwas dar, was so nicht real existiert.

Es sind Gelder, die am Ende doch wieder vom Steuerzahler aufgebracht werden und nachfolgenden Generationen als Schulden vererbt werden. Vor allem werden die tatsächlichen Defizite unsichtbar und das Problem nur auf später verschoben.

Zu den Zahlen und Fakten:

Im Haushaltsplan 2022 steigen die Ausgaben für die "Allgemeine Verwaltung" um rd. 27 % (26,57%) gegenüber 2020 an,

während im gleichen Zeitraum die Leistungen in diesem Haushalt - also EP 1-9 zusammen - um 11,4 % ansteigen.

Die soziale Sicherung, als die mit Abstand größte Position, steigt um 12,5 %.

Die Verwaltungsausgaben steigen also mehr als doppelt so schnell, als die Leistung soziale Sicherung, aber auch mehr als doppelt so schnell, wie die gesamten Leistungen im Verwaltungshaushalt.

Für sich allein betrachtet, verdoppeln sich bei diesem Trend die Verwaltungsausgaben alle 6 Jahre.

Im Jahr 2020 ist der relative Anteil der Verwaltungsausgaben am gesamten Verwaltungshaushalt noch bei 1,6 % und soll

im Jahr 2022 bereits 1,8 % betragen. Das entspricht einer Zunahme

um 12,4 % innerhalb von 2 Jahren.

Beim Vermögenshaushalt ist die Situation sogar noch extremer.

Hier steigen die Verwaltungsausgaben im Jahr 2022 um satte 467 % gegenüber 2020. Selbst gegenüber 2021 liegt der Anstieg bei rd. 90%.

Demgegenüber steigt der Vermögenshaushalt ohne die Verwaltungsausgaben (also 1-9 zusammen ohne 0) nur um 21,5 % über die 2 Jahre.

Diese Zahlen zeigen klar, wie die Situation sich entwickelt hat.

Jedes seröse Privatunternehmen, das „schlechten Zeiten“ entgegensieht, ergreift Maßnahmen zur Vorsorge.

Es würde seine Ausgaben auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren, nicht absolut dringliche Investition zurückstellen und alles, was nicht betrieblich notwendig ist, zurückfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Alternative für Deutschland appellieren wir auch dieses Jahr wieder, dass der Bezirk sich auf die wirklich essenziellen Aufgaben konzentriert und Maßnahmen, die nicht zu den Pflichtaufgaben und der sozialen Absicherung unserer Klientel gehören, auf später zu verschieben.

Leider sehen wir nicht, dass diesem Appell oder dieser Bitte in irgendeiner Weise entgegengekommen wäre.

Die Ausgaben steigen u.a. in Bereichen, in denen das unter den Umständen der Krise nicht angemessen ist.

Natürlich dürfen wir nicht an den Leistungen für die Bedürftigen sparen. Ganz im Gegenteil: Es sollte viel mehr von dem aufgewandten Geld bei diesen Menschen ankommen und nicht für die Verwaltung der Menschen auf der Strecke bleiben.

Und selbstverständlich müssen auch die Menschen gut für ihren Einsatz und ihre Hilfen entlohnt und gewürdigt werden, die sich für das Wohl der Menschen aufopfernd einsetzen und all das am Laufen halten.

Ein Klimamanager, der aufzeigt, wo in den Einrichtungen Einsparpotential zu finden ist, macht mit Sicherheit Sinn, solange dieser Manager das als seine primäre Aufgabe sieht und sich quasi selbst verdient.

Was wir kritisieren, sind z.B. der immer weiter steigende Einsatz von externen Beratern und Fachexperten.

Das muss sich auf notwendige Ausnahmen reduzieren.

Uns ist bewusst, dass es in manchen Bereichen spezielles Wissen bedarf, um Projekte effizient umzusetzen. Dabei muss aber klar geprüft werden, ob dieses Projekt im Moment im Hinblick auf die Lage auch wirklich notwendig ist.

Die Umstellung des Bezirks auf gendergerechte Sprache, ist ein solches Beispiel, was niemand wirklich braucht.

Gendersprache bedeutet die Verunstaltung der Sprache generell und insbesondere für Menschen mit Behinderung eine zusätzliche Hürde und Verwirrung. Gegenüber der „leichten Sprache“ ist das völlig kontraproduktiv und kostet dabei auch noch viel Geld und Zeit.

Die Verwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, effizienter, moderner, nachhaltiger und „kundenfreundlicher“ zu werden.

Das Projekt „Bezirk 2030+“ ist hier grundsätzlich ein guter Ansatz und wichtiger Prozess, in allen Bereichen zu wirken.

Viele Fragen sind darin noch ungeklärt und ehrlich und seriös diskutiert werden. An der Diskussion müssen alle beteiligt werden und auch kritische Stimmen sind wertvoll und wichtig.

Im Umweltschutz müssen wir fragen, welche Lösungen einem realistischen Naturschutz gerecht werden und dem Planeten nachhaltig helfen, ohne anderswo Schäden und Umweltbelastungen hervorzurufen. Dabei muss die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Menschen gewährleistet sein.

Es sind oft die kleinen Dinge, die Großes bewirken. Wer denkt schon daran, wie viel CO₂ die tägliche E-Mail-Flut erzeugt? Wie viel Strom die Digitalisierung tatsächlich benötigt? Oder wie der Drucker mit dem Tonerverbrauch umgeht? Wie viel das Homeoffice Energie benötigt, was dann aber nicht zum Gesamtbedarf mitgerechnet wird.

Auch muss sich der Bezirk Vorsorge treffen, wie auf einen möglichen, kompletten Black-out reagiert werden kann.

Wie sieht da der Katastrophenplan aus? Wird das mitgedacht, bei der Transformation zur alleinigen erneuerbaren Energie und zugleich Installation von immer mehr Stromabnehmern, wenn nun bald die Atomenergie abgeschaltet wird und das Wetter nicht das bringt, was wir an Energie bräuchten?

Welchen „Plan B“ geht der Bezirk, wenn die gedachten Pläne nicht aufgehen und wir in der Sackgasse landen?

„Global Denken – lokal handeln“ ist da schon einige Schritte weiter und sich bewusst, dass die Fokussierung auf CO2 Neutralität mit E-Mobilität nicht zielführend den Planeten retten wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Coronavirus und seine Mutanten erzeugt viel Leid und Sorge. Durch die Infektion selbst, die geeignet ist, vulnerable Menschen stark zu schädigen oder sogar zu töten.

Aber auch die Maßnahmen zur Eindämmung oder der Versuch, zur Überwindung der Gefahren durch SarsCov2 bringen ein hohes Konfliktpotential in die Gesamtgesellschaft. Neben wirtschaftlichen Einbrüchen kommen psychosoziale Krisen zutage. Es ist mittlerweile eindeutig bekannt, dass Kinder und Jugendliche hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind und sich die Suizidrate stark erhöht hat.

Dieser Tragödie müssen wir dringend Lösungen entgegensetzen. Der Glaube, die Lösung allein in der Impfung zu finden, wird dieses Problem leider nicht beseitigen.

Sehr geehrter Herr Präsident Mederer,

letztes Jahr haben wir Sie als engagierten, hochkompetenten und sozialen Menschen, mit viel Herzblut und Vernunft, beschrieben und Sie gebeten, sich selbst treu zu bleiben.

Dieses Jahr haben sich Dinge ereignet, die wir kritisieren und noch offene Fragen geklärt haben wollen:

- Die Sache mit dem Schreiben an den Verein des Volksmusikarchives ist noch nicht abschließend geklärt.
- Die hohe Personalfuktuation und Beschwerden über den Bezirk.
- Fraktionsvorsitzenden- Gespräche finden nicht mehr statt.
- Ausgrenzendes und unkollegiales Verhalten wird toleriert.
- Das Neutralitätsgebot wird teilweise missachtet.

Aber nun zu unserer Abstimmung über den Haushalt

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Die AfD Fraktion

- Lehnt den Haushaltsplan 2022 ab.
- Dem Wirtschaftsplan 2021/2022 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) stimmen wir zu.
- Dem Wirtschaftsplan 2022 des Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon stimmen wir zu.
- Den Finanzplänen 2021 bis 2025 mit den Investitionsprogrammen stimmen wir zu.
- Dem Stellenplan 2022 stimmen wir zu.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unsere Anmerkungen zu Sachthemen entnehmen Sie bitte bei Interesse dem Protokoll in schriftlicher Form.

Ich wünsche Ihnen allen im Namen der Fraktion der Alternative für Deutschland gute Gesundheit und eine friedliche Weihnachtszeit.

Sorgen wir dafür, dass wir unseren Anvertrauten das Leben etwas leichter machen und sie am gesellschaftlichen Leben in Würde teilhaben und gut integriert sind.

Lassen wir nicht zu, dass die Gesellschaft weiter gespalten wird. Halten wir alle die freiheitlich demokratische Grundordnung hoch und geben wir alle ein Vorbild für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ab.

Hinterfragen wir alle unsere eigenen Überzeugungen kritisch.

Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die sich immer fair und menschlich mit uns auseinandersetzen.

Und diejenigen, die denken, Menschen ausgrenzen zu müssen und ihren Hass nicht in den Griff bekommen, empfehle ich einen guten Therapeuten.

Frieden, Freiheit, Weisheit und Gesundheit uns Allen und den Mut zum Selberdenken!

Christian Demmel, Fraktionssprecher AfD

Inhaltliche Anmerkungen:

Coronakrise

Wir als AfD leugnen mit keinem Wort die Existenz dieses Corona Virus in all seinen Varianten. Wir stellen uns auch nicht grundsätzlich gegen Impfungen, die sinnvoll, sicher und wirksam sind.

Zwei Mitglieder unserer Fraktion sind selbst geimpft. Wir haben damit kein Problem. Wo wir jedoch ein massives Problem haben, ist die Entwicklung hin zu einer autoritären Form, die Menschen in ihren Grundrechten beschneidet und bestimmt.

Ja, ausgerechnet die AfD muss hier die Maßnahmen der Staatsregierung in Bund und Land kritisieren. Und ja, wir stellen uns selbstverständlich vor die Bürger, die sich ihr Recht nicht nehmen lassen, über ihren Körper selbst zu bestimmen.

Jeder muss selbst entscheiden, was er sich hier geben lässt und was nicht.

Wir alle sehen, dass die Zahlen, die uns präsentiert werden, teilweise völlig verfälscht dargestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch dieses dilettantische Verhalten verunsichert und verlieren ihr Vertrauen in die Regierung und in die Maßnahmen.

Wer die vielen Wissenschaftler und Ärzte hört, die zu anderen Ergebnissen kommen, als die veröffentlichten Berichte, wer in den Krankenhäusern Einblick hat, weiß: hier stimmt was nicht.

Wie viele erkranken an Corona? Wie kann ein Ungeimpfter, der überall ausgeschlossen wird, sich überall immer testen lassen muss, eine Gefahr für die Immunisierten darstellen? Wie sind die 2,4 Millionen Impfnebenwirkungen in 11 Monaten zu beurteilen? Warum wirken die Impfstoffe nicht oder nicht lange? Warum muss ich mich alle 5 Monate impfen lassen? Warum liegen auf den Intensivstationen genauso viele Geimpfte und warum sterben 46% der Menschen an Corona, obwohl sie geimpft sind? Warum werden die Impfstoffe nicht modifiziert, wie das Virus sich ja auch ständig modifiziert/mutiert? Warum übernehmen die Hersteller keine Haftung für Schäden? Warum werden doppelt Geimpfte als Ungeimpfte in der Statistik geführt, sobald sie Symptome zeigen? Wieso vermeldet der Ministerpräsident falsche Zahlen? Warum werden die Menschen, deren Impfstatus nicht bekannt ist, als Ungeimpfte in die Statistik eingetragen? Warum werden die Todesfälle von Geimpften aus den Berichten gestrichen?

Warum wurden 4500 Betten abgebaut und nicht für Personal gesorgt, um sich auf die Katastrophe vorzubereiten? Warum wurden Krankenhäuser geschlossen?

Warum werden nicht alle - auch kritische Wissenschaftler zum Thema gefragt? Warum wird ausschließlich auf die nichtwissenschaftliche, nicht evidente Therapie gesetzt? Die nachweislich und offensichtlich mehr Schaden als Nutzen bringt? Warum wird den Menschen nicht gesagt, dass die MNRA-Stoffe und die Vektor-Stoffe nur eine vorläufige, bedingte Zulassung haben?

Unsere Forderungen:

- Krankenhäuser müssen auf den Notfall der Pandemie hochgerüstet und gut ausgestattet werden.
- Fachkräfte müssen neu rekrutiert werden. Die Arbeitsbedingungen müssen dem hohen Anspruch der Tätigkeit Rechnung tragen und gut entlohnt werden.

- Hilfskräfte für Routineaufgaben und zur Entlastung der Fachkräfte müssen vorgehalten werden.
- Reservepersonal muss vorgehalten werden.
- Gespräche mit allen Wissenschaftlern – auch kritischen muss erfolgen.
- Obduktionen müssen durchgeführt werden.
- Medikamentenforschung muss forciert werden.
- Die Zahlen müssen transparent und ehrlich publiziert werden.
- Vertrauen und Zuversicht muss wieder unter die Bürger gebracht werden.
- Aufklärung über die Stärkung des Immunsystems

Obdachlosigkeit

Die Versorgung von Obdachlosen fällt zwar in den Bereich der Gemeinde und Städte. Die Bezirke sind aber auch damit befasst, insbesondere, weil Obdachlose nicht immer klar der Gemeinde zugeordnet werden kann. Die Zunahme der Zahl von Obdachlosen wird zunehmend das Leistungsvermögen der Gemeinden übersteigen und viele Kreise betreffen.

Wichtig ist uns als AfD, dass hier die Bezirke ebenso Antworten finden zur Versorgung und Betreuung von Obdachlosen. Ordnungsämter und Polizei sind in manchen Städten angewiesen, wegen der Corona- Hygienemaßnahmen ungeimpfte Obdachlose aus Bahnhöfen oder anderen Bauten zu verweisen. Das stellt eine unmenschliche Behandlung und völlige Würdelosigkeit dar. Die Bezirke müssen dabei auf die Staatsregierung einwirken oder selbst tätig werden, um diesem Unrecht Abhilfe zu verschaffen.

Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten:

Wir denken, dass die Arbeitsleistung zumindest in Oberbayern eindeutig einer Hauptamtlichkeit entspricht. Wir haben dem Antrag aber nicht zugestimmt, weil unsere Nachfrage zur finanziellen Auswirkung der Hauptamtlichkeit zur Ehrenamtlichkeit unter Berücksichtigung der Pensionsansprüche, nicht beantwortet werden konnte. Dieses Kriterium ist uns jedoch sehr wichtig. Die Entscheidung liegt jetzt aber bei der Staatsregierung.

Pflegestützpunkte

Ich freue mich sehr, dass die Stadt und der Kreis Rosenheim bereits die Arbeit in den Pflegestützpunkten aufgenommen haben. Dank dem Antrag vom Kollegen Josef Hofer und meinem Antrag im Kreistag konnte die Entscheidung nun endlich getroffen und die Pflegestützpunkte ins Leben gerufen werden, worüber wir sehr stolz und glücklich sind.

Sozialberatung/Begleiter

Bei der Gelegenheit möchte ich einen Punkt anmerken, der sicher nicht neu ist, aber auch aufgegriffen werden könnte. Viele Menschen in schwierigen Situationen kennen nicht ihre Rechte und Möglichkeiten sozialer Hilfsangebote und müssen sich durch den Dschungel der Dienstleister schlagen. Auch hier wäre ein neutraler Ansprechpartner von Vorteil, der diese

Menschen berät und ihnen Orientierung, Rat und Hilfe gibt, wünschenswert. Und sei es nur als Unterstützung bei Bearbeitung und dem Ausfüllen von Formularen. Manche Menschen sind dabei völlig überfordert und verzichten dann auf ihnen zustehende Leistungen. Vielleicht kann man da mal darüber reden.

Aufklärung zu Extremismus (Antrag der Linken)

Die AfD Fraktion stimmt dem Antrag der Linken durch Prof. Dr. Weber in Teilen zu, eine Kommission zu gründen, die über Extremismus aufklärt. Auch der Einbeziehung des Bezirksjugendrings stimmen wir zu. Einzige Voraussetzung und Forderung dabei ist ein neutraler, offener und transparenter Diskurs über alle Formen des Extremismus. Rechter, linker oder religiöser Extremismus sollen dort behandelt und diskutiert werden. Ziel dabei soll sein, über die freiheitlich demokratische Grundordnung aufzuklären und zu lehren, wie Demokratie gelebt wird. Es soll erklärt werden, wo politische Richtungen hinweisen und wo die Unterschiede und Grenzen zu Radikalität und Extremismus verlaufen.

Politische Bildung

Politische Bildung ist zu begrüßen. Doch darf diese politische Bildung nicht dazu benutzt werden, irgendwelche Ideologien in die jungen Kinderhirne zu implementieren, die nur eine Seite und nur eine Meinung oder Gesinnung zulässt.

Demokratie ist die Toleranz der Meinungsvielfalt und der Freiheit des Individuums. Die Kinder und Jugendlichen sollen in der politischen Bildung den Begriff „Demokratie“ als solchen lernen, wie er angedacht ist. Demokratie bedeutet, diese auch praktisch zu leben.

Wie funktionieren Demokratie und das Staatswesen. Warum ist es wichtig, nicht ein Einparteiensystem zu haben?

Welche Bestandteile einer demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Republik gibt es?

Warum ist eine Gewaltenteilung wichtig und welche Aufgabe haben die Oppositionsparteien?

Warum gibt es neben dem Regierungskabinett ein Parlament? Warum Föderalismus?

Worin unterscheidet man politische Richtungen und wo sind Grenzen zu Extremismus zu ziehen?

Welche Rolle spielen die Medien/Presse?

Welche Aufgaben haben der Verfassungsschutz und der Bundesverfassungsgerichtshof?

Politische Bildung als Ergänzung zur Wissensvermittlung zur Schule im Sozialunterricht vermittelt selbständiges, freies Denken und keine Denk- Meinungs- und Handlungsverbote.

Inklusion

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine der originären Aufgaben des Bezirks. Diese Aufgabe erfüllt er mit Bedacht und Vernunft unter Berücksichtigung aller Konventionen und

Gesetzesvorgaben. Dabei richtet der Bezirk sich nach dem Wohl des Betroffenen. Die Teilhabe jedes Menschen an der Gesellschaft ist wichtig und die AfD begrüßt, Menschen mitzunehmen und zu integrieren. Der Mensch wird dabei als Individuum betrachtet und als solches individuell und optimal gefördert. Darum setzen wir auf weitere Unterstützung und den Erhalt von speziellen Fördereinrichtungen, um als Träger der Eingliederungshilfe den Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen auf vielfältigen Wegen zu helfen und Ihnen eine Wahlmöglichkeit nach der UN-Behindertenrechtskonvention zu bieten.

Ein Mensch mit körperlichen oder geistigen Defiziten kann am besten mit einer auf ihn zugeschnittenen Förderung geholfen werden. Dies gelingt aus Mangel an Lehrkräften und Begleitern, Therapeuten und Fachkräften nicht an Regelschulen. Das Experiment „Inklusion um jeden Preis“ nach dem Vorbild sozialistischer Gemeinschaftsschulen ist nachweislich gescheitert. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken

Externe Beratung

Bei sehr komplizierten und neuen Themen ist es klug, Rat und Tat durch externe Berater und Experten zu holen. Diese externe Expertise ist meistens sehr kostenintensiv. Hier ist darauf zu achten, dass es in wirklich nur speziellen Ausnahmen zu diesem Einkauf kommt. Das interne Personal weist selbst in ihren Bereichen hohe Kompetenzen auf. Diese gilt es zuerst zu nutzen oder durch Weiterbildungsmaßnahmen zu erhöhen.

Ausblick

Als demokratisch gewählte Vertreter der Bürger werden wir uns weiterhin konstruktiv einbringen und dort korrigierend eingreifen, wo es uns geboten erscheint.

Wir werden kritisch hinterfragen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten und Probleme direkt, offen und ehrlich ansprechen. Immer mit dem Blick auf alle Beteiligten.

Wir wünschen uns, dass sich alle Fraktionen von ihren Vorurteilen und parteiischen Diktaten lösen können und sich in der Sache mit uns auseinandersetzen. Ausgrenzung, Hinterzimmer-Politik und polemische Agitation ist unseres Erachtens hier in diesem Hause fehl am Platze.

Wir sehen uns auf kommunaler Ebenen nicht als Opposition. Wir dienen den Bürgerinnen und Bürgern und setzen uns zum Wohle der Bezirksbürger ein.

Die Hilfen müssen bei den Hilfebedürftigen ankommen und dafür sollten wir alle arbeiten.

In diesem Sinne wünschen wir uns Allen viel Erfolg, Gesundheit und eine gute Zukunft!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Christian Demmel

Fraktionsvorsitzender AfD